

Warnstreiks und Demonstrationen

„Wir gehen dem Konflikt nicht aus dem Weg!“



Ulrich Silberbach spricht am 11. April 2018 in Bonn zu den Demonstranten

Die Kette der Warnstreiks und Demonstrationen vor der dritten – und hoffentlich finalen – Verhandlungsrunde der Einkommensrunde mit Bund und Kommunen 2018 reißt nicht ab. Immer mehr Orte und Bereiche werden in den Arbeitskampf einbezogen. dbb Verhandlungsführer, Ulrich Silberbach, und die dbb Verhandlungskommission können so gestärkt und mit dem nötigen Rückenwind in die Verhandlungen gehen, die am 15. April 2018 in Potsdam fortgesetzt werden.



dbb.de

Bonn

„Wenn die Arbeitgeber in der dritten Verhandlungsrunde nicht endlich begreifen, dass sie in ihr Personal investieren müssen, droht wirklich Ungemach.“, rief Ulrich Silberbach am 11. April 2018



11. April 2018, Bonn



11. April 2018, Bonn



den 7.000 Demonstranten der dbb-Fachgewerkschaften in Bonn zu. „Niemand will eine vierte Runde und weitere Streiks, aber die Arbeitgeber müssen auch wissen, dass wir dem Konflikt nicht aus dem Weg gehen.“ Karoline Herrmann, Vorsitzende dbb jugend, betonte: „Tagtäglich kommen Meldungen über fehlendes Personal und über Nachwuchsprobleme – Kitas, Schulen, Justiz, technischer Dienst, IT: Überall brennt es. Wenn die Arbeitgeber jetzt nicht schnellstens schalten, werden sie den Kampf um die besten Köpfe verlieren.“ Der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft, Andreas Hemsing: „Die Arbeitgeberseite muss sich endlich bewegen. Dieses unmissverständliche Zeichen geht von den tausenden Beteiligten der Warnstreikaktion aus. Genau diese Stärke nehmen wir mit in die dritte Runde.“ Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender VDStr., machte deutlich, dass die Beschäftigten „ein klares Zeichen der Wertschätzung erwarten und sich dies durch ihren Einsatz redlich verdient haben“. Siglinde Hasse, Bundesgeschäftsführerin der GdS, stellte fest, dass „das Tauwetter den Potsdamer Verhandlungsraum noch nicht erreicht hat. Dort herrschen nach wie vor Minusgrade.“

Saarbrücken

In Saarbrücken betonte der saarländische dbb Chef, Ewald Linn, am 12. April 2018 vor den 5.500 Demonstranten: „Wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes tagtäglich dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert, haben sie auch Anspruch auf eine Teilhabe am Wirtschaftswachstum.“ Linn wies auf die drängenden Nachwuchssorgen des Staats hin: „In den nächsten zehn Jahren gehen bis zu 30 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Ruhestand. Deshalb kommt es jetzt auf eine effektive Nachwuchsgewinnung an.“ Dem Warnstreik-Aufruf des dbb im Saarland folgten am 12. April 2018 tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und legten die Arbeit nieder. Auch zahlreiche Beamtinnen und Beamte beteiligten sich in ihrer Freizeit an den Protestaktionen. Betroffen waren unter anderem Rathäuser und Landratsämter, Bürgerämter, Grünanlagen, Jobcenter, Müllabfuhr, Kitas, kommunale Krankenhäuser, Stadtwerke, das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, die Bundesknappschaft, die Zollverwaltung, die Bundeswehr, die Bundesbank und die Bundesagentur für Arbeit.

Schwerin

Die Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern haben ebenfalls am 12. April 2018 den Druck mit einem ganztägigen Warnstreik erhöht. In Schwerin ging die Vorsitzende der dbb jugend, Karoline Herrmann, mit den Arbeitgebern ins Gericht: „Es ist erbärmlich, wie der öffentliche Dienst sehenden Auges vor die Wand gefahren wird. Über 1,2 Millionen Beschäftigte gehen in den nächsten zehn Jahren in Ruhestand. Dabei fehlen schon heute 200.000 Stellen. Und was machen Bund, Länder und Kommunen? Die müssen wir zum Jagen tragen.“ Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst müssten dringend attraktiver werden: 100 Euro mehr sowie einen zusätzlichen Urlaubstag und die garantierte Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung für die Auszubildenden. „Sechs Prozent höhere Tabellenentgelte, mindestens aber 200 Euro – denn davon profitieren neben den unteren Einkommensgruppen auch die Berufseinsteiger“, ergänzte Herrmann.



12. April 2018, Saarbrücken





12. April 2018, Schwerin



Nürnberg

2.000 Beschäftigte haben auch in Nürnberg am 12. April 2018 lautstark dafür demonstriert, dass in die bislang ergebnislose Tarifrunde endlich Bewegung kommt. „Seit der zweiten Verhandlungsrunde haben wir die Schrauben fester gezogen. Ich will nicht ausschließen, dass es noch Chancen gibt, bei der dritten Verhandlungsrunde am Wochenende in Potsdam einen guten Kompromiss zu erzielen. Sich allein aufs Hoffen und Wünschen zu verlassen, reicht aber nicht aus“, sagte dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, auf der Kundgebung. „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben schon sehr viel Vertrauen in die Politik verloren“, machte der stellvertretende Bun-



Volker Geyer spricht am 12. April 2018 in Nürnberg zu den Demonstranten

**ÖFFENTLICHER DIENST
MUSS
SEIN**
EINKOMMENSRUNDE 2018

dbb.de

desvorsitzende des VDStr., Klaus Eckl, deutlich. Als Gründe nannte er geringe Wertschätzung, Personalabbau einhergehend mit Aufgabenmehrung und Privatisierungen. „Dieser Vertrauensverlust gefährdet die Motivation der Beschäftigten und schadet dem öffentlichen Dienst.“ Thomas Zeth, stellvertretender Bundesvorsitzender des VAB, forderte die Arbeitgeber auf, endlich verhandlungstaugliche Inhalte zu präsentieren: „Mit der bisher gezeigten Verweigerungshaltung setzen sie die Zukunft des öffentlichen Dienstes aufs Spiel!“ „Damit der öffentliche Dienst nicht ausstirbt, brauchen wir junge motivierte Beschäftigte. Die bekommt man aber nicht mit leeren Versprechungen und immer mehr Befristungen“, brachte der stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb jugend, Christoph Strehle, die Generalkritik der Gewerkschaftsjugend auf den Punkt.



12. April 2018, Nürnberg





Hamburg

Ihren Anspruch auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung haben Beschäftigte des öffentlichen Dienstes am 12. April 2018 in Hamburg untermauert. Dort traten unter anderem Beschäftigte der Hamburger Stadtreinigung in den Ausstand. Michael Adomat, stellvertretender Landesvorsitzender des dbb hamburg erklärte: „Wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes rund um die Uhr dafür sorgen, dass Deutschland funktioniert, haben sie auch Anspruch auf eine Teilhabe am Wirtschaftswachstum. Wenn zudem die Steuereinnahmen ungeahnte Höhen erreichen, sind 6 Prozent mehr nur gerecht.“ Die stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, Liv Grolik, pflichtete ihm bei: „Eine angemessene Bezahlung, fairer Urlaub und eine Verbindlichkeit nach der Ausbildung sollte für alle Auszubildende im öffentlichen Dienst eine Selbstverständlichkeit sein.“ In Hamburg werden auch am 13. April 2018 Beschäftigte in den Ausstand treten. Sie treffen sich vor dem Gebäude des kommunalen Arbeitgeberverbands (AVH).



Wir informieren wie immer aktuell auf www.dbb.de/einkommensrunde.

Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift _____

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de